

Landrat muss Arbeitslosengeld zurückzahlen

Bundesgericht stützt Beschwerde von Versicherung

Von Urs-Peter Inderbitzin

Luzern. Ein ehemaliger Baselbieter CVP-Landrat muss zu Unrecht bezogene Arbeitslosengelder in der Höhe von fast 15 000 Franken zurückzahlen. Das Bundesgericht hat eine entsprechende Beschwerde der Öffentlichen Arbeitslosenkasse gutgeheissen.

Der heute 67-Jährige hatte nach dem Verlust seines Jobs in der Privatwirtschaft ab Juli 2010 Arbeitslosengelder bezogen. 2011 wurde der Mann ins Kantonsparlament gewählt. Die Öffentliche Arbeitslosenkasse zahlte ihm für den Zeitraum ab Juli 2011 bis und mit Januar 2014 – dem Zeitpunkt seiner Pensionierung – Arbeitslosengelder in der Höhe von insgesamt 52 719 Franken.

Im Mai 2014 informierte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Arbeitslosenkasse darüber, dass der Landrat während des Bezugs von Arbeitslosengeldern aus Erwerbstätigkeit – sprich aus seinem Landratsmandat – ein Einkommen erzielt hatte. Die Arbeitslosenkasse forderte in der Folge zu viel ausbezahlte Stempelgelder in der Höhe von 21 362 Franken zurück. Eine Einsprache des Ex-Landrats hiess die Kasse teilweise gut und reduzierte den Betrag auf 14 770 Franken.

RAV war im Bild

Dagegen erhob der Mann Beschwerde beim Kantonsgericht, das entschied, dass der Mann nur 3029 Franken zurückzahlen muss. Das Kantonsgericht setzte die Summe so tief fest, weil die Arbeitslosenkasse einen Teil der zu viel ausbezahlten Arbeitslosengelder angeblich zu spät zurückgefordert habe. Dieser Auffassung konnte das Bundesgericht nicht zustimmen; es hiess deshalb die gegen den Entscheid des Kantonsgerichts erhobene Beschwerde der Arbeitslosenkasse gut.

Zur Ehrenrettung des Politikers muss gesagt werden, dass er den RAV-Berater 2011 über seine Wahl ins Kantonsparlament informiert und diesem auch erklärt hatte, dass er für diese Tätigkeit eine Entschädigung erhalte. Fest steht zudem, dass die Frage, ob diese Tätigkeit bei der Berechnung der Arbeitslosenkasse berücksichtigt werden müsse, erörtert worden war. Nicht erstellt ist aber, ob der RAV-Berater den Landrat tatsächlich an die Arbeitslosenkasse verwiesen hat.

Klar ist für das Bundesgericht jedoch, dass die Arbeitslosenkasse zu Recht 14 770 Franken zurückgefordert hat. Denn die Kasse erhielt vom Seco erst im Mai 2014 Kenntnis vom Landrats-Einkommen des Versicherten. Mit ihrer Rückforderung im August 2014 hat sie die einjährige Frist eingehalten, um die zu Unrecht ausbezahlten Gelder zurückzuverlangen.

Weniger Geld für Swiss Indoors

Regierung kürzt Beitrag ab kommendem Jahr

Liestal. Die Baselbieter Regierung hat für die kommende Austragung der Swiss Indoors wie schon in den Vorjahren einen Beitrag von 300 000 Franken beschlossen. Dieser setzt sich zusammen aus 50 000 Franken für das Jugendpatronat «Take that Ticket», das Ticketvergünstigungen für jugendliche Turnierbesucher gewährt, und weiteren 250 000 Franken als Sonderbeitrag, der ausbezahlt wird, seit sich die Firma Davidoff 2011 als Titelsponsor zurückgezogen hat. Die Mittel werden dem Swisslos Sportfonds entnommen.

Ab kommendem Jahr baut der Regierungsrat den Zusatzbeitrag für das vor 40 Jahren gegründete Basler Tennisturnier schrittweise ab. 2017 sollen noch 150 000 Franken aus dem Baselbieter fliessen, ab 2018 noch die 50 000 Franken für das Jugendpatronat, wie der Regierungsrat mitteilt. Die 50 000 Franken würden dem maximalen Beitrag an internationale Sportveranstaltungen aus Swisslos-Sportfonds-Geldern entsprechen. [ch](#)



Ausdauer von Vorteil. Hat der Fernsehdetektiv sein Beweisfoto sofort im Kasten, muss sich der echte Privatdetektiv dafür Stunden auf die Lauer legen. Foto: Misha Christen

Fremdgeher und Betrüger im Visier

Die Vereinigung international tätiger Privatdetektive feiert Jubiläum

Von Dina Sambar

Föllinsdorf. Die Pistole war auf seinen Kopf gerichtet. Stunden sass Peter Schelker schon in einer Hütte irgendwo im Berner Oberland und bange um sein Leben. Am helllichten Tag hatten ihn finstere Typen aus seinem Auto gezerrt, ihm einen Sack über den Kopf gestülpt und ihn in die abgelegene Hütte gebracht. In seiner Angst schwor sich Schelker, den Job als Privatdetektiv an den Nagel zu hängen, sollte er die Hütte lebend verlassen.

Wie kam der 24-Jährige in diese missliche Situation? Von einem Hügel aus hatte er mehrere Tage einen Lastwagen mit einem Feldstecher beobachtet. Seine Auftraggeber, zwei Männer aus Zürich, wollten nur wissen, ob das Gefährt noch am selben Ort steht. Weshalb sie diese Information benötigten, hatte Schelker, damals jung und naiv, wie er selber sagt, entgegen der gebotenen beruflichen Vorsicht nicht gefragt. Dass er in Drogengeschäfte rivalisierender Parteien geraten war, dämmerte ihm erst in jener Nacht in der Hütte.

Nach langem Hin und Her gab er, um sein Leben zu retten, den Namen der dubiosen Auftraggeber bekannt. Er kam heil davon – und kehrte seiner Arbeit als Detektiv für 30 Jahre den Rücken.

Gründer war Kriminalkommissar

Heute ist Peter Schelker 62 Jahre alt und um viel Lebens- und Berufserfahrung reicher. Nach einer langjährigen Karriere in der Versicherungsbranche fand er nach einem Burn-out vor zehn Jahren zurück in seinen alten Beruf und

gründete in Liestal eine Agentur. «Da ich weiss, was ich damals falsch gemacht habe und wie ich eine Situation wie jene in der Hütte verhindern kann, mache ich mir keine Sorgen mehr», sagt Schelker.

Der Baselbieter präsidiert die Vereinigung international tätiger Privatdetektive (VID) mit Sitz in Föllinsdorf. Der Berufsverband feiert dieses Jahr sein 50-Jahre-Jubiläum. «Der Gründer, René A. Lais, war ein ehemaliger Kriminalkommissar aus Basel, eine grosse Nummer, der internationale Aufträge hatte und in einer grossen Villa lebte», erinnert sich Schelker. Die VID wuchs auf über 250 Mitglieder aus aller Welt an. Doch mit dem Tod des Gründers schwand auch die weltweite Vernetzung der Vereinigung.

«Als ich 2012 das Präsidium übernahm, waren es vielleicht noch zehn Mitglieder aus Deutschland und der Schweiz», erinnert sich Schelker. Er begann den Verband wiederzuleben, Newsletter herauszugeben und juristische Beratung für Mitglieder anzubieten. Mittlerweile zähle der VID wieder rund 50 Mitglieder aus der Schweiz, Deutschland, Spanien, England und Österreich. «Sogar eine Anfrage aus den USA ist noch offen.»

VID-Mitglieder haben einen Ehrenkodex, an den sie sich halten müssen. Illegale Aktionen, wie das Anbringen eines GPS-Senders an ein Auto, ohne den Nutzer des Wagens zu informieren, sind laut Schelker tabu. Wer sich nicht daran halte, werde ausgeschlossen oder gar nicht erst aufgenommen – wie beispielsweise ein Detektiv, der zu faul war, seine Arbeit zu erledigen, und frei

erfundene Berichte verfasste. Oder ein anderer Kollege, der vorgab, Räume nach Wanzen abzusuchen, dafür aber wesentlich ein unzulängliches Gerät nutzte. «Es gibt in jedem Beruf schwarze Schafe, deshalb ist ein Berufsverband so wichtig», sagt Schelker. Beim VID gehe es aber vor allem auch um die internationalen Verbindungen: «Bei Anfragen, die Auslandseinsätze betreffen, können wir auch an Detektive vor Ort weiterleiten.»

Durchhaltevermögen ist gefragt

Der Job als Detektiv ist beliebt. Rund 150 Personen jährlich absolvieren in der Schweiz eine Ausbildung, schätzt der VID-Präsident: «Davon haben jedoch nur etwa zehn bis zwanzig Bestand. Die meisten neuen Unternehmen überleben die anfängliche Durststrecke nicht.»

Seit das Fremdgehen mit dem neuen Eheerbrecht nicht mehr als Scheidungsgrund gilt, gibt es laut Schelker sehr viel weniger Aufträge für das Observieren von mutmasslich untreuen Ehepartnern. Der Bedarf an guten Detektiven sei jedoch nach wie vor vorhanden – vor allem in der Wirtschaft: «Es gibt in der Schweiz ein grosses Problem mit Betrügern, die krankfeiern oder trotz angeblichen Rückenproblemen und IV-Rente jeden Tag munter schwarz gippen und mauern», sagt Schelker. Er selbst konnte beim Neustart von seinen guten Verbindungen aus seiner Versicherungskarriere profitieren.

Schelker lebt heute auf Mallorca und kommt nur noch für grosse Jobs in die Schweiz. Mittlerweile erhält er auch auf der Insel Aufträge – meistens von Deut-

schon, die wissen wollen, ob ihr Partner oder ihre Partnerin im Urlaub treu ist. «Ich bin in der komfortablen Situation, dass ich nicht jeden Job annehmen muss. Wenn ich das berechnete Interesse nicht sehe, oder wenn der Auftrag dubios klingt, lasse ich lieber die Finger davon» – ein Rat, den er jedem Privatdetektiv ans Herz legen würde. Jungen Kollegen empfiehlt er zudem, sich in der IT-Forensik zu spezialisieren, eine Sparte, die mit der wachsenden Internetkriminalität Zukunft habe.

Privatdetektiv zu sein, macht Schelker auch mit 62 Jahren noch Spass. Der Job sei abwechslungsreich und spannend und verlange auch ein gewisses Mass an Kreativität: «Ich habe schon Zeitungen in Briefkästen geworfen, um nicht aufzufallen.» Action wie im Film gebe es aber sehr selten. «Wäre mein Berufsleben ein Film, würden die Leute nach 30 Minuten einschlafen», lacht er. «Während Matula bei einer Observation eine Minute vor einem Haus warten muss, sind es bei mir Stunden, wenn ich Pech habe, bei eisiger Kälte. Zudem müssen wir viel Schreibarbeit erledigen.» Auch die Idee, dass Detektive ständig mit einer Waffe in der Gegend herumrennen würden, sei völlig falsch. «Ich besitze zwar eine Waffe, hatte diese aber nur bei einem einzigen Einsatz dabei, weil ich ein ungesundes Gefühl hatte.» Zu Recht: Er selber habe zwar nicht geschossen, doch sein Auto habe Kugeln abbekommen. «Ich observierte die drei Männer wegen einer Firmenschädigung, doch sie hatten noch viel mehr auf dem Kerbholz, wie ich danach erfuhr. Auch die Polizei war hinter ihnen her.» Heute sitzen sie im Gefängnis.

Planung nach dem Vorbild der Birsstadt

SP mit neuem Anlauf zur festgefahrenen Elba

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Baselbieter Sozialdemokraten sind auf der Suche nach einem Ausweg aus der festgefahrenen Debatte um die Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba). Nachdem ihre Bemühungen gescheitert sind, die Variante Umbau nach dem gewonnenen Referendum wieder ins Spiel zu bringen, versuchen sie es jetzt mit einem Kompromissvorschlag. In einer von Landrätin Kathrin Schweizer und Fraktionschefin Miriam Locher unterzeichneten Motion von Anfang Juni verlangt die SP, dass die Regierung zusammen mit den Gemeinden eine neue Elba-Vorlage erarbeitet, welche die Siedlungsentwicklung und die dafür nötige Verkehrsinfrastruktur koordiniert – ein Kompromiss zwischen der vom Landrat abgelehnten Variante Umbau und der

nach dem Volks-Nein nicht finanzierbaren Variante Ausbau.

Motionärin Kathrin Schweizer erklärte der BaZ, sie habe den Vorstoss entworfen, nachdem sie festgestellt habe, dass die Vorstellungen über die mögliche Bevölkerungsentwicklung zwischen den Gemeinden und dem Kanton auseinandergerungen. Im Rat werde sie sich darum bemühen, eine Mehrheit für den Vorstoss zu erhalten. «Es ist ein konstruktiver Vorschlag, der ergebnisoffen formuliert ist», meinte Schweizer. Der Vorschlag zielt darauf ab, sich zuerst einig zu werden, wie die Bevölkerung im unteren Baselbiet wachsen sollte. Erst dann könne die dafür notwendige Verkehrsinfrastruktur definiert werden.

Die Motion nimmt Bezug auf das Anfang Jahr vorgestellte Raumkonzept Birsstadt. In diesem verweisen die

Birstal-Gemeinden ausdrücklich auf den «Konflikt zwischen kommunalen Entwicklungsvorstellungen und den Vorstellungen des Raumkonzepts Baselband bezogen auf die Einwohner- und Arbeitsplatz-Zielgrössen». Gleichzeitig lehnen die Gemeinden jedoch auch die bisher von der SP bevorzugte Elba-Variante Umbau ab. Sie sei «nicht weiterzuverfolgen, da sie bezüglich der bestehenden Bausubstanz als nicht realistisch beurteilt wird», heisst es in dem Raumkonzept. Schon früher hatte der Reinacher Gemeindepräsident Urs Hintermann die breiten Verkehrsachsen der Variante Umbau kritisiert: «Das ist genau das Gegenteil dessen, was wir mit der Umgestaltung der Hauptstrasse im Ortszentrum von Reinach gemacht haben.» Die Birstal-Gemeinden sind gemäss dem Raumkonzept für eine Variante Ausbau «mit Modifikationen».

In der Motion der SP werden «realistische und verbindliche Aussagen der Gemeinden über die angestrebte Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung» verlangt. Dies sei eine notwendige Grundlage, um die Verkehrsinfrastruktur «koordiniert und gezielt» zu planen, heisst es im Motionstext. So könnten «die grossen und wichtigen Investitionen am richtigen Ort mit den richtigen Zielen erfolgen». Der Vorstoss verlangt damit wieder die Gesamtplanung, von der sich die Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro inzwischen abgewendet hat. Pegoraro hatte im Januar «separate Vorlagen» angekündigt und dabei eine Projektpalette vorgestellt, die im Wesentlichen aus den Vorhaben besteht, deren Planungsstand am weitesten fortgeschritten ist – ohne jeden Zusammenhang zur Bevölkerungsentwicklung.